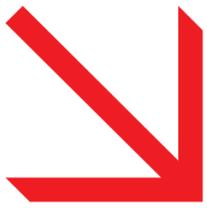


Wirtschaft



SMI 8817 Punkte
-0.8%

Gewinner	Verlierer
Julius Bär N +0.1%	LafargeHolcim N -2.3%
Swiss Re N +0.1%	UBS N -1.8%
Roche GS +0.0%	CS Group N -1.6%

Dow Jones Ind. 17448 Punkte
-1.4%

Euro Stoxx 3388 Punkte
-1.8%

Euro in Franken	1.078	-0.02%
Dollar in Franken	1.002	-0.15%
Euro in Dollar	1.076	0.13%
GB-Pfund in Franken	1.523	-0.21%
Öl (Nordsee Brent) in Dollar	44.43	-3.1%
Gold (Unze) in Dollar	1079.60	-0.4%
Silber (Unze) in Dollar	14.45	1.3%

Nachrichten

Detailhandel Weko ermittelt gegen Skihersteller Vökl und Fischer

Die Wettbewerbskommission (Weko) hat gegen die Skihersteller Vökl und Fischer ein Verfahren eingeleitet. Anlass waren Meldungen von Händlern über Behinderungen von Parallelimporten durch die zwei Firmen. Der Streit zwischen Otto's und dem Skihersteller Fischer zieht weitere Kreise. Im Visier der Weko ist neuerdings nicht nur Fischer, sondern auch Vökl, wie Weko-Direktor Rafael Corazza auf Anfrage sagte. Der «Blick» hatte gemeldet, dass die Weko nun offiziell im Fall Fischer ermittle. (SDA)

Lohnabschlüsse GAV-Löhne steigen 2015 um durchschnittlich 0,8 Prozent

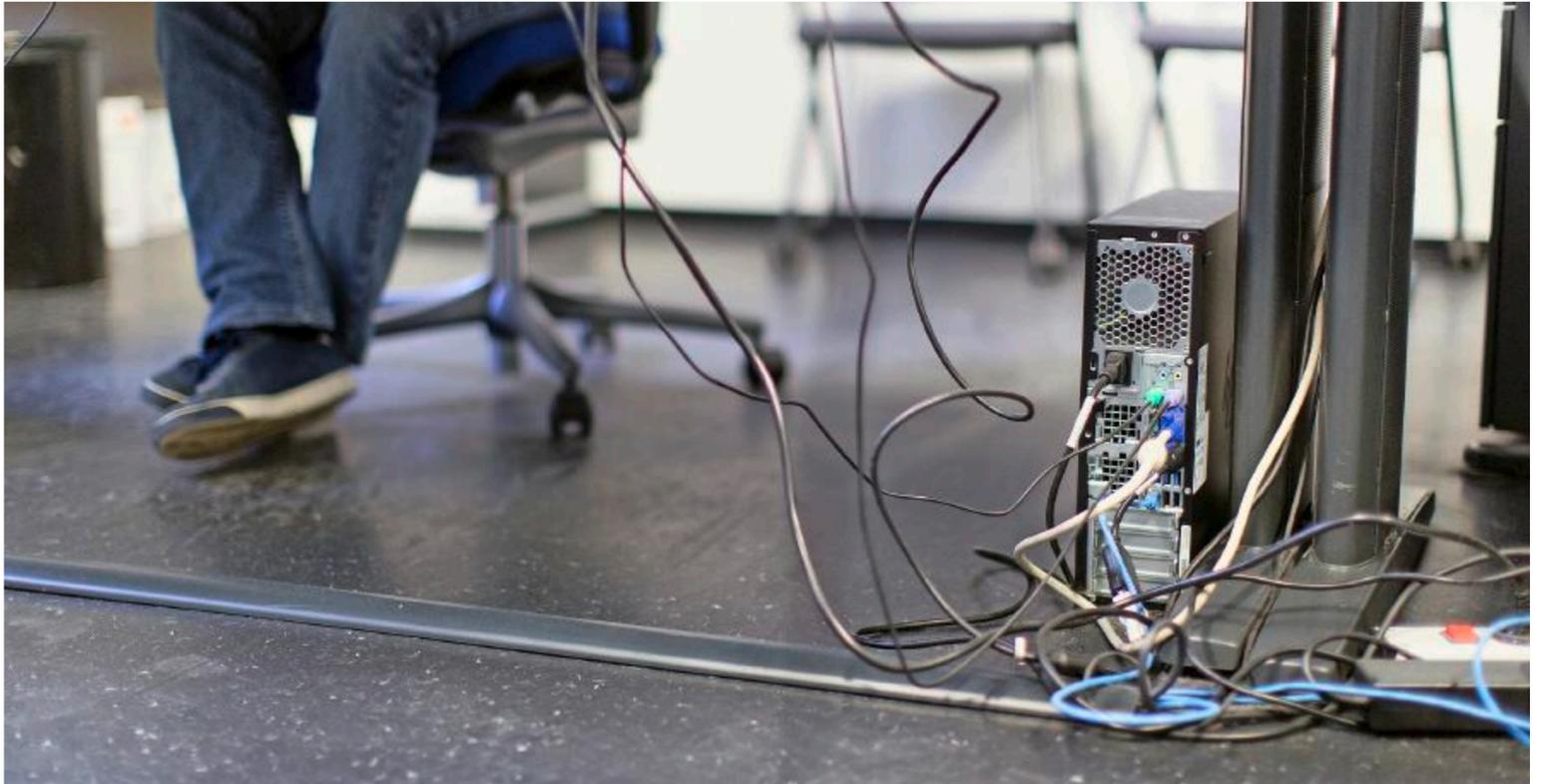
Die Löhne in den Branchen mit einem Gesamtarbeitsvertrag (GAV) sind in diesem Jahr um durchschnittlich 0,8 Prozent gestiegen. Davon wurden 0,5 Prozentpunkte individuell und der Rest generell beschlossen. Die Mindestlöhne legten gleichzeitig um 0,7 Prozent zu. Unter Einbezug der Minussteuerung von 1,1 Prozent dürften die Löhne der GAV-Unterstellten um 1,9 Prozent zunehmen, wie das Bundesamt für Statistik mitteilt. Rund 465 000 Personen profitieren von den Lohnerhöhungen. Bei 27 GAV führten die Lohnverhandlungen zu keinem Abschluss. (SDA)

Versicherungen Swiss Life stagniert im dritten Quartal

Der Lebensversicherer Swiss Life hat im dritten Quartal stagniert. Die Prämieinnahmen lagen wie im Vorjahr bei 3,6 Milliarden Franken. In Lokalwährungen resultierte jedoch ein Plus von 7 Prozent. Zu diesem Wachstum hat das Geschäft in Frankreich beigetragen. Die Prämien legten dort um 10 Prozent zu. Wegen des starken Frankens sanken die französischen Einnahmen aber um 3 Prozent auf rund 1,2 Milliarden Franken. In der Schweiz erhöhten sich die Prämieinnahmen um 2 Prozent. (SDA)

Steuerstreit Zuger Kantonalbank und BIL Suisse einigen sich mit den USA

Zwei weitere Schweizer Banken haben den Steuerstreit mit den US-Behörden beilegen können: Die Zuger Nationalbank sowie die Auslandsbank Banque Internationale à Luxembourg (BIL), wie das amerikanische Justizministerium am Donnerstagabend bekanntgab. Die Zuger Kantonalbank kommt mit einer Busse von 3,798 Millionen Dollar davon, BIL Suisse muss für die Einigung 9,71 Millionen Dollar entrichten. (SDA)



Steht das Unternehmen unter Kostendruck, sucht es nach günstigen Alternativen - auch bezüglich seiner Informatikabteilung. Foto: Gaëtan Bally (Keystone)

Arbeitslose Informatiker

Vor allem ältere Arbeitnehmer sind betroffen. Eine neue Studie zeigt, was man dagegen tun könnte. Die Unternehmen haben allerdings aus Kostengründen andere Präferenzen.

Rita Flubacher

Das Phänomen schreit förmlich nach Studien. Warum gibt es arbeitslose Informatiker, obwohl die Wirtschaft von einem Fachkräftemangel spricht und im Ausland nach Ersatz sucht?

Im Frühjahr präsentierte der Zürcher Volkswirtschaftsdirektor Ernst Stocker eine Studie. Fazit: Die stellenlosen Kandidaten entsprechen mit ihren Qualifikationen oft nicht den Anforderungen der Unternehmen. Vor allem, wenn sie über 50 Jahre alt sind. Empfehlungen: Die regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) sollen mehr tun. Und die stellenlosen Informatiker ihren beruflichen Horizont erweitern, indem sie Abschlüsse nachholen.

Sieben Monate später liegt bereits die nächste Studie auf dem Tisch. Am Donnerstag wurde sie von Stockers Amtsnachfolgerin Carmen Walker Späh vorgestellt. Fazit: Im Kanton Zürich hat sich die Zahl der arbeitslosen Informatiker zwischen 2008 bis 2014 verdoppelt. Derzeit sind 900 Personen betroffen. Über 45-Jährige sind deutlich stärker von einem Stellenverlust betroffen als ihre jüngeren Konkurrenten. Das Missverhältnis zwischen Stellensuchenden und offenen Stellen ist in der Informatik so hoch wie nirgendwo im Schweizer Arbeitsmarkt.

Empfehlungen der Studienautoren vom Basler Institut für Wirtschaftsstudien und ihrer Zürcher Auftraggeber: bessere, standardisierte Stellenausschreibungen bei den Unternehmen. Und die Personalchefs möchten doch weniger Vorurteile gegenüber älteren Stellenbewerbern hegen. Den Stellensuchenden wird empfohlen, bessere Bewerbungsdossiers aufzulegen. Die RAV schliesslich sollen die berufliche Umorientierung ihrer «Kunden» forcieren.

Wer trägt die Verantwortung?

In der Studie wird interessanterweise ein Bogen um die Frage der Verantwortung gemacht. «Es gibt keine hinreichenden Hinweise, dass die Finanzbranche im Kanton Zürich eine übermässige direkte Verantwortung an der Problematik arbeitsloser Informatiker 45plus trägt», heisst es in dem Papier. Untermauert wird dies damit, dass die Finanzdienstleister 2014 zwar rund 20 Prozent aller Informatiker im Kanton Zürich beschäftigten. Unter den arbeitslosen über 45-jährigen Informatikern betrug der Anteil derer, die von Banken und Versicherungen kamen, indessen nur 18 Prozent. Allerdings wird in der Studie vorsichtig angetönt, dass es indirekte Auswirkungen haben könnte. Banken beschäftigten zahlreiche externe Firmen und Einzelpersonen (Contractors). Sis-

tieren die Finanzinstitute ihre Aufträge und verlieren dadurch Informatiker ihren Job, werden sie nicht als ehemalige Bankmitarbeiter erfasst. Wie das Bild dann aussähe, haben die Studienautoren nicht weiter ausgeführt.

Während die Behörden mit guten Ratschlägen versuchen, die materiellen und immateriellen Kosten arbeitsloser Informatiker einzudämmen, zieht die Wirtschaft in eine andere Richtung.

Erstens: Informatiker werden aus dem Ausland geholt. Deren Zahl nimmt rasant zu. Im ersten Halbjahr 2015 entfiel ein Drittel aller Aufenthaltsbewilligungen (Ausweis B) auf Personen aus Nicht-EU und -Efta-Staaten. Bei den Kurzaufenthaltsbewilligungen (Ausweis L) sind es sogar 50 Prozent. Vor drei Jahren lagen diese Zahlen bei 18 beziehungsweise 38 Prozent. An der Spitze stehen Informatiker aus Indien. In die Schweiz geholt werden vor allem Personen unter 35 Jahren. Laut der Zürcher Volkswirtschaftsdirektion können diese Relationen ohne weiteres auf die Schweiz hochgerechnet werden.

Ein billiger Softwarespezialist aus Indien? Da hätte sein Schweizer Pendant von vornherein keine Chance auf dem Stellenmarkt. Das dem nicht so ist, dafür sorgen die Behörden. Sowohl bei einer Festanstellung als auch bei einem Kurzaufenthalt - im Fachjargon Entsendung

- muss eine Bewilligung eingeholt werden. Der Arbeitgeber muss im Falle der Festanstellung nachweisen, dass er keinen inländischen Informatiker für genau diesen Job findet. Auch müssen orts- und branchenübliche Löhne bezahlt werden. Der sogenannte Inländervorrang entfällt, wenn der indische Programmierer von seinem Arbeitgeber in Bangalore für ein zeitlich befristetes Projekt in die Schweiz geschickt wird. Weil sein (indisches) Gehalt einen Bruchteil eines schweizerischen Salärs ausmacht, muss ihm sein Arbeitgeber monatlich rund 3000 Franken für Kost und Logis zum Lohn schlagen.

Das führt zum zweiten Punkt: Den Indier in die Schweiz zu holen, ist für eine wachsende Zahl von Unternehmen zu umständlich und zu teuer. Sie verlagern deshalb gleich ganze Abteilungen nach Indien oder, wenn es näher sein muss, nach Osteuropa, wo gut ausgebildete, mit Sprachkenntnissen bestens ausgestattete Fachleute zu Tieflohnen auf Arbeit warten. Die Banken haben damit schon vor einiger Zeit begonnen. Viele andere Unternehmen unter Kostendruck tun es ihnen jetzt nach.

 **Überblick** Fünf Irrtümer über arbeitslose Informatiker
informatiker.tagesanzeiger.ch

Airbnb verspricht, sich zu bessern

Statt Konfrontation sucht das Unternehmen nun die Kooperation mit den Städten. Nicht alle sind überzeugt vom Umdenken.

Walter Niederberger
San Francisco

Der Erfolg bei einer wichtigen Volksabstimmung in San Francisco machte Airbnb überheblich. Ab sofort werde man in den übrigen Städten aggressiv gegen Pläne zur strikteren Regulierung der Zimmervermittlung vorgehen, drohte das Unternehmen. Eine Woche später klingt es etwas anders: Nun verspricht Airbnb, den Städten beim Einziehen von Steuern und Beschaffen von Vermieterdaten zu helfen. Etwas Skepsis bleibt. Der New Yorker Generalstaatsanwalt spricht von einer «durchsichtigen Masche», sich mit den Behörden zu verständigen.

Die Ankündigung einer besseren Zusammenarbeit kommt kurz nach einer

ins völlige Gegenteil zielenden Aktion. Vor einer Woche kündigte das Unternehmen noch an, in hundert US-Städten «Homesharing-Gemeinschaften» zu gründen. Diese Gruppen sollten dem Muster von San Francisco nachgebildet werden, wo Airbnb Anfang Monat die eingangs erwähnte Abstimmung gewonnen hatte. Mit 55 zu 45 Prozent der Stimmen lehnten die Bürger eine strikte Regulierung von Airbnb ab, nachdem das Unternehmen acht Millionen Dollar in eine Nein-Kampagne investiert und ein Netzwerk von Freiwilligen aufgezogen hatte. Dieses Netzwerk sowie eine harte, die Hotelindustrie verunglimpfende Plakataktion zeigten Wirkung. Insbesondere das Schüren von Angst vor Konflikten unter neidischen Nachbarn bewog viele Abstimmende zu einem Ja zu Airbnb. Dieses Erfolgsmuster wollte Airbnb nun im ganzen Land durchsetzen, gab Firmensprecher Chris Lehane zu verstehen. «Dies ist nun eine Bewegung. Jeden Tag wird es mehr Leute geben, die das Heim teilen wollen.» Jeder Versuch zur strikteren Regulierung sei deshalb zwecklos und werde mit der vol-

len Kraft von hundert Einsatzgruppen bekämpft.

Herausgabe von Daten

Die Drohung kam schlecht an, umso mehr, als die Abstimmung nicht so klar war, wie es schien. Die Bürger von San Francisco wählten zugleich einen Hauptkritiker von Airbnb zu einem der Supervisor der Stadt, einer Art Regierungstatthalter eines Stadtteils. Mit der Wahl von Aaron Peskin verschob sich das Stimmengewicht in diesem für die Hotelindustrie entscheidenden Gremium. Obwohl Airbnb die Abstimmung gewonnen hat, kann von einem definitiven Sieg nicht die Rede sein. Dies erklärt, warum das Unternehmen zurückkriecht. Nun heisst es, man habe «immer schon ein Partner der Städte» sein wollen. «Die Städte wollen das Richtige tun - und dazu brauchen sie von uns die nötigen Informationen.»

Konkret will Airbnb deshalb die Daten der Vermieter und der Kunden in anonymisierter Form an die Städte weitergeben. Dies soll Kontrollen darüber erlauben, ob die Vermieter die geschulde-

ten Abgaben zahlen. Solche Abgaben zieht Airbnb aber bei weitem nicht in allen Städten ein, weshalb dies ein Streitpunkt bleibt. Viele Städte sind besorgt, weil illegale Anbieter Reihenhäuser via Airbnb vermieten und damit die Hotellerie und die lokalen Mieterkontrollen gleichermaßen unterminieren könnten. In Europa haben beispielsweise Berlin und Barcelona bereits strikte Airbnb-Regeln erlassen; Paris und Amsterdam verlangen Übernachtungsabgaben. In den USA steht das Airbnb-freundliche San Francisco dem kritischen New York gegenüber. Eric Schneiderman, Generalstaatsanwalt in New York, forderte schon früher die Herausgabe anonymisierter Kunden- und Vermieterdaten, bleibt aber nach der neuesten Ankündigung skeptisch. Die Pläne von Airbnb seien lediglich «eine durchsichtige Masche, sich als guter Bürger zu zeigen, ohne es zu sein». Airbnb habe alle Informationen und Werkzeuge zur Hand, um sich bereits heute voll regelkonform zu verhalten. Solange diese nicht gebraucht werden, so Schneiderman, «soll niemand die Ankündigung ernst nehmen».